

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/54

Bonn, den 19. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	<u>GEMEINSAME HOFFNUNGEN - GEMEINSAME SORGEN</u>	150

Interview mit Norwegens Ministerpräsident Einar Gerhardsen

4	<u>Automation ...</u>	22
---	-----------------------	----

In der Bundesrepublik mangelhaft vorbereitet

Stiefmütterliche Behandlung der Zonengrenzgebiete

4	Seit 10 Jahren blieb der Bundeszuschuß praktisch in gleicher Höhe	25
---	--	----

5	<u>Blockfreie schalten sich in Vietnam-Krise ein</u>	52
---	--	----

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

6 - 7	<u>Die Erbschaft</u>	57
-------	----------------------	----

CDU-Propaganda gegen Labour und ein Kanzlerwort

7	<u>"Zwei Bundesminister fällig?"</u>	13
---	--------------------------------------	----

+ + +

GEMEINSAME HOFFUNGEN. - GEMEINSAME SORGEN

Interview mit Norwegens Ministerpräsident Einar Gerhardsen

* Der sozialdemokratische Ministerpräsident *
* Norwegens, Einar Gerhardsen, be- *
* sucht in der kommenden Woche die Bundesre- *
* publik und Berlin. In dem nachstehend ver- *
* öffentlichten Interview hat Norwegens Mini- *
* sterpräsident die gemeinsamen Hoffnungen *
* und Sorgen, die Norwegen und die Bundesre- *
* publik gleichermaßen bewegen, dargestellt. *
* Die Redaktion. *

* * *

FRAGE: Herr Ministerpräsident, Sie werden in der kommenden Woche mit Bundeskanzler Erhard und später in Berlin mit einem guten Bekannten, mit Willy Brandt, dem Regierenden Bürgermeister von Berlin und Vorsitzenden der SPD, zusammentreffen. Sicherlich werden Themen der norwegisch-deutschen Zusammenarbeit erörtert werden. Wie ist die Einstellung der norwegischen Regierung zur Deutschland- und Berlin-Frage und zur Wiedervereinigung?

ANTWORT: Bevor nicht eine dauernde Lösung in der Deutschland-Frage gefunden worden ist, kann es zu keiner wirklichen Entspannung in Europa kommen. Wir meinen, dass die Grundlage einer solchen Lösung nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker sein kann.

Es ist weder richtig noch möglich, Deutschland eine Lösung gegen den Willen des deutschen Volkes aufzuzwingen. In der heutigen internationalen Lage scheint es schwierig zu sein, Möglichkeiten für eine baldige Lösung zu finden.

Unserer Meinung nach darf dies aber kein Hinderungsgrund dafür sein, dass man konkrete Initiativen auf begrenzten Gebieten unternimmt, solange man dies tun kann, ohne sich von den langfristigen Zielen zu entfernen. Es können Entspannungsinitiativen oder Initiativen humanitärer Natur sein, denn man darf nicht vergessen, dass die Teilung Deutschlands nicht nur ein grosspolitisches oder nationales Problem ist, sondern auch ein tief menschliches.

Unsere Einstellung zur Berlin-Frage baut auf denselben Prinzipien auf. Der Kern dieser Frage ist das Recht der Bevölkerung, in Freiheit zu leben, in einer Regierungsform, die sie selbst gewählt hat.

FRAGE: Die skandinavische Aussenpolitik verfolgt beharrlich eine Politik der Entspannung. Welches sind die wichtigsten Ziele dieser Entspannungspolitik heute?

ANTWORT: Es gibt heute Tendenzen für ein besseres Klima im Verhältnis zwischen Ost und West. Man kann kaum eine Entspannung mit einem Schlag erwarten. Wir glauben aber, dass es von westlicher Seite wichtig ist, keine Möglichkeit zu versäumen, diese Entwicklung weiterzuführen. Das kann man am besten dadurch erreichen, wenn Schritte unternommen werden, die einem grösseren gegenseitigen Vertrauen dienen und eine günstigere Atmosphäre schaffen, ohne einseitig die Position des Westens zu schwächen.

Wir verfolgen mit Interesse die Versuche der osteuropäischen Länder,

einen besseren Kontakt mit dem übrigen Europa zu bekommen. Es muss von gegenseitigem Interesse sein, dass diese Verbindungen auf den verschiedenen Gebieten ausgebaut werden. Auf diesem Gebiet haben die zwei Machtgruppen in Ost und West wichtige übereinstimmende Interessen. Die weitere Ausbreitung der Atomwaffen zu verhindern muss hier eine Sonderstellung einnehmen, da die zur Verfügung stehende Zeit, um eine Vergrößerung der Anzahl der Atomkräfte zu verhindern, knapp geworden ist. Nach norwegischer Auffassung ist dies eines der ernstesten Probleme der internationalen Politik. Der Aufgabe, zu einem Nicht-Ausbreitungs- oder Nicht-Anschaffungs-Abkommen zu kommen, muss höchste Priorität gegeben werden.

Die Ost-West-Politik darf uns nicht dazu verleiten, den Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern zu vergessen. Um eine wirkliche Stabilität in der Welt zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, dass die wirtschaftliche und soziale Lage der Entwicklungsländer verbessert wird.

Die UNO muss eine zentrale Rolle in der Entspannungspolitik spielen. Die Erfahrung hat gezeigt: Wenn die Mitgliedsstaaten willens sind, die UNO einzusetzen und deren Initiativen zu unterstützen, kann sie ein effektives Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und zur Verhinderung einer Ausweitung lokaler Konflikte sein. Diese Aufgabe ist von grösster Bedeutung in einer Weltsituation, in der die lokalen Zwistigkeiten oft die Gefahr eines Grossmachtengagements enthalten und zu einer Verschärfung der internationalen Spannungen führen können.

Norwegen hat sich in Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Staaten dafür eingesetzt, eine militärische Bereitschaftstruppe aufzustellen, die unter der Verfügungsgewalt der UNO für friedensbewahrende Aktionen bereitsteht. Nicht zuletzt für die kleinen Länder muss es eine Hauptaufgabe sein, die Weltorganisation aus der ersten Krise, in der sie sich jetzt befindet, herauszubringen, damit ihre Handlungsfähigkeit zum Nutzen aller gestärkt wird.

FRAGE: Haben die Handelsbeziehungen zwischen Norwegen und der Bundesrepublik unter der Mitgliedschaft in zwei verschiedenen Wirtschaftsblöcken gelitten?

ANTWORT: Hier muss zunächst der Handel zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren betrachtet werden. Der Handel zeigt eine Tendenz zur Steigerung; Deutschland ist heute unser zweitgrösster Kunde.

Es ist aber ein charakteristischer Zug, dass Norwegen im Handelsverhältnis mit Deutschland einen konstanten Importüberschuss hat. Unsere Ausfuhr beträgt in Werten nur die Hälfte unserer Einfuhr aus der Bundesrepublik. Unser Export nach Deutschland hat ausserdem in der letzten Zeit eine schwächere Expansion gehabt, als unser Export zu den anderen traditionellen Märkten. Dies ist eine Quelle zur Besorgnis.

Ich möchte hier betonen, dass der norwegische Export nach Deutschland von wenigen Waren dominiert wird, wovon die wichtigsten die nicht-eisenhaltigen Metalle (Aluminium, Magnesium, Kupfer, Zink usw.), Papier und Cellulose, Eisen- und Stahlprodukte sowie Erze sind, die die deutsche Veredelungsindustrie benötigt. Für solche Waren hat Deutschland keine oder sehr niedrige Zollsätze. Das hat in einem bedeutenden Ausmass dazu geführt, dass unser Export zu diesem Markt das heutige Niveau erreicht hat.

Die Anpassung der deutschen Zollsätze zu den höheren Sätzen in den gemeinsamen Zolltarifen der EWG in den kommenden Jahren bringt ernsthafte Schwierigkeiten für die meisten norwegischen Produkte, die in Deutschland verkauft werden. Besonders betroffen werden die traditionellen norwegischen Exportwaren. Diese Produkte sind ausserordentlich emp-

findlich für die relativ bedeutenden Zollbelastungen, die die gemeinsamen Zolltarife enthalten.

Bis jetzt ist das System der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit nationalen Quoten für zollfreien Import oder Import mit reduziertem Zoll der wesentliche Grund dafür gewesen, dass der Export unserer traditionellen Waren aus Deutschland ein relativ hohes Niveau hatte. Dies ist vielleicht auch der wichtigste Grund dafür, dass die wirtschaftliche Zersplitterung in Europa nicht die befürchteten ungünstigen Wirkungen für die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern hatte.

Ob das Quotensystem in Zukunft aufrechterhalten wird, wissen wir noch nicht. Vieles ist hier von den einzelnen EWG-Ländern selbst abhängig. Wenn diese Ordnung abgeschafft wird, oder die Quoten wesentlich reduziert werden (in Verbindung mit der Durchführung einer gemeinsamen äusseren Handelspolitik), wird der norwegische Export nach Deutschland ernst betroffen. Die stufenweise Harmonisierung der äusseren Handelspolitik für Landwirtschaftserzeugnisse bedeutet auch, dass Deutschland nicht länger dieselbe Möglichkeit hat, Landwirtschaftsprodukte aus Norwegen zu importieren. Die Marktordnungen für Landwirtschaftsprodukte erschweren die traditionellen Handelsverbindungen mit diesen Waren.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Hoffnung aussprechen, dass die Ausformung einer gemeinsamen Fischereipolitik in der EWG keine restriktiven Wirkungen für den Export von Fisch und Fischprodukten aus Ländern wie Norwegen bekommt.

Die Zollverhandlungen in GATT (Kennedy-Runde) könnten Möglichkeiten bieten, um die Situation unseres zukünftigen Exports an EWG-Länder zu verbessern. Hier muss ich aber mit Bedauern feststellen, dass gerade unsere wichtigsten Exportwaren, wie Cellulose, Papier, Ferrolegierungen, Aluminium und Zink, sich auf den Ausnahmelisten der EWG befinden. Die Stellung der Fischprodukte in den GATT-Verhandlungen ist vorläufig auch nicht klar.

Zusammenfassend kann man zu dieser Frage sagen, dass die Handelsbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern bisher keine markante Prägung durch die wirtschaftliche Teilung Westeuropas bekommen haben. Aber die Durchführung der gemeinsamen äusseren Zolltarife, eine mögliche Reduzierung oder Abwicklung der eingeführten Zollquotierung der EWG und die Ausnahmelisten der EWG in der Kennedy-Runde können dazu führen, dass die Handelsbeziehungen in Zukunft vor sehr ernstesten Problemen stehen.

FRAGE: Gibt es heute Anzeichen dafür, dass Norwegen in absehbarer Zeit um Mitgliedschaft in der EWG nachsuchen wird oder eine Assoziation anstrebt?

ANTWORT: Unsere nach aussen gewandte Wirtschaft hat für die Handelspolitik das Ziel, eine internationale Arbeitsteilung und eine Liberalisierung des internationalen Handels zu erreichen. Die Lage in Westeuropa scheint aber zur Zeit keine Grundlage für neue Verhandlungen zwischen EFTA und EWG zu einer Neuordnung zu bieten. Die Zielsetzung der norwegischen Regierung, eine möglichst breite europäische Zusammenarbeit zu erreichen, bleibt jedoch bestehen.

+ + +

Automation ...

In der Bundesrepublik mangelhaft vorbereitet

sp - Der Automationskongreß der IG Metall in Oberhausen hat neben vielen interessanten Hinweisen auf die zukünftige Produktionsweise und Arbeitsmarktlage eine Feststellung erbracht: In der Bundesrepublik ist man auf die mit Sicherheit zu erwartenden Veränderungen der Produktions- und Gesellschaftsstruktur mangelhaft vorbereitet. Es gibt zwar bereits vereinzelte und oft auch nur auf privater Basis erarbeitete Grundlagenforschungen, aber keine den Gesamtkomplex der Automation und ihrer Folgen umfassenden Vorstellungen. Am meisten hinkt wohl in dieser Beziehung die Bundesarbeitsverwaltung nach. - In anderen modernen Industriestaaten arbeiten bereits seit Jahren Planungsstäbe von höchster wissenschaftlicher Qualität, die zum Teil im Auftrag der Industrie, zum Teil im Auftrage der Regierungen oder der Gewerkschaften über Zeiträume von mehreren Jahrzehnten die im Zuge der Automation zu erwartenden Veränderungen des Gesellschaftsbildes errechnen. In der Bundesregierung begnügt man sich dagegen mit dem Studium von Teilaspekten, so daß der Gewerkschaft nichts anderes übrig bleibt, als auf dem Wege über moderne Tarifverträge den Versuch zu machen, zumindest die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu sichern. Dieses Bemühen der Gewerkschaften ist eine äußerst wichtige staatspolitische Aufgabe, deren Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft und auch der Währungsstabilität nicht überschauen werden kann.

+ + +

Stiefmütterliche Behandlung der Zonengrenzgebiete

Seit 10 Jahren blieb der Bundeszuschuß praktisch in gleicher Höhe

sp - Der sozialdemokratische Landrat von Bad Hersfeld, Edwin Z e r b e, hat auf die beschämende Tatsache aufmerksam gemacht, daß die Zonengrenzhilfe des Bundes in Höhe von rund 85 Millionen DM trotz der Aufstockung im Jahre 1965 um 12 Millionen DM seit zehn Jahren praktisch unverändert geblieben ist. Die Aufstockung in diesem Jahre entspricht kaum der Höhe der seit 1955 erfolgten Preissteigerungen. Dabei muß man wissen, daß die Bundesregierung den Zuschuß zunächst sogar um fast 20 % kürzen wollte. Erst das energische Eingreifen des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen unter Führung ihres Vorsitzenden MdB Herbert W e h n e r veranlasste die Bundesregierung, wenigstens den bisherigen Zuschuß beizubehalten. - Wer die wirtschaftliche und kulturelle Situation der Zonenrandgebiete kennt, wird nicht umhinkönnen, die Feststellung des Landrats Zerbe als einen Skandal zu bezeichnen. Bei einem Haushaltsvolumen von jährlich rund 63 Milliarden DM ist der Beitrag des Bundes für die in einer ständigen Defizitsituation existierenden Gebiete an der Zonengrenze beschämend niedrig. Dabei hat es an verpflichtenden Reden der zuständigen Minister nicht gefehlt. Nach jeder Besichtigungsfahrt haben die Minister energisch verkündet, jetzt solle alles anders und alles besser werden. Ein Glück, daß die Menschen in den Zonenrandgebieten t r o t z des Verhaltens der Bundesregierung den Mut zu weiteren Initiativen kultureller und wirtschaftlicher Art behalten haben und täglich viele bewunderungswürdige Beweise dafür liefern, daß sie sich nicht unterkriegen lassen wollen. Dafür gebührt ihnen Dank - aber auch Hilfe.

+ + +

Blockfreie schalten sich in Vietnam-Krise ein

Von Dr. Harry Schleicher, Belgrad

Unzählige bereits erfolgte und vorläufig erfolglos gebliebene Initiativen zur Überwindung der Vietnam-Krise haben den jugoslawischen Staatspräsidenten Tito nicht entmutigen können, unter den Blockfreien für eine multilaterale Aktion zu werben. Nachdem er sich vor kurzem in einer unter dramatischen Begleitumständen verlaufenen Aktion an den amerikanischen Präsidenten Johnson mit dem Appell gewandt hatte, unverzüglich Verhandlungen zur politischen Lösung der Krise in Südostasien aufzunehmen, war er gleichzeitig mit der Versendung von persönlichen Botschaften an eine ganze Reihe von Staatsschefs beschäftigt. Ein erstes Ergebnis liegt jetzt vor: in Belgrad tagen die Vertreter (spezielle Gesandte bzw. die hier akkreditierten Botschafter) von zwölf blockfreien Staaten, um irgendeine Vermittlungsaktion in der Vietnam-Krise zu erarbeiten.

Es ist anzunehmen, daß auf dieser Botschafterkonferenz ein Appell entworfen wird, der den Staatsschefs der blockfreien Welt zur Unterzeichnung zugelieft worden wird. Da jedoch rund ein Dutzend in Belgrad akkreditierter blockfreier Botschafter an der Konferenz nicht teilnimmt, muß noch abgewartet werden, welchen Grad von Unterstützung das beabsichtigte Manifest - unabhängig von seinem Inhalt - tatsächlich erhalten wird. Indonesien zum Beispiel soll der Aktion bereits seine Unterstützung entzogen haben.

Deutet sich damit bereits an, daß die radikaleren Kräfte unter den Blockfreien von der Tito-Aktion nicht genügend militant-antiamerikanische Entschiedenheit erwarten, dürfte der Appell andererseits auch nicht allzu viel freundliches Gehör in Washington finden. Insbesondere dann, wenn er sich auf der Linie bewegen sollte, die in politischen Kreisen Belgrads in letzter Zeit als richtungweisend vertreten worden ist. Folgende Punkte sind in diesem Zusammenhang als Grundlage für einen Appell der blockfreien Länder ins Auge gefaßt worden:

1. Man solle seine Besorgnis über die "Manifestation der Stärke" äußern, was die Gefahr der Ausweitung des Krieges in Südostasien in sich birgt.
2. Alle Aktionen sollen eingestellt werden, die zur Verschlechterung der Situation führen könnten.
3. Alle interessierten Mächte sollen eine politische Lösung der Krise auf der Basis der Beschlüsse der Genfer Konferenz suchen.
4. Die Blockfreien sollen in bilateralen oder auch multilateralen Aktionen jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um die in Vietnam engagierten Mächte an den Verhandlungstisch zu bringen.

Alle diese Vorstellungen könnten vielleicht eine Verhandlungsbasis abgeben, würden sie nicht jugoslawischerseits von der Voraussetzung abhängig gemacht werden, daß jede politische Lösung der Vietnam-Krise von dem "legitimen Recht des vietnamesischen Volkes auf Freiheit und Unabhängigkeit" auszugehen habe. Dies ist eine offizielle Anerkennung der Vietcong-Bewegung, was in diametralem Gegensatz zu der amerikanischen Ansicht steht, wonach die Krise in Südvietnam nur durch die kommunistische Infiltration aus dem Norden verursacht sei. Ob die USA unter diesen Bedingungen den zu erwartenden Appell der Blockfreien als eine Verhandlungsbasis werden akzeptieren können und wollen, ist nach den bisherigen Reaktionen Washingtons auf ähnliche Initiativen als fraglich anzusehen.

Die Erbschaft

CDU-Propaganda gegen Labour und ein Kanzlerwort

WAR - In einigen Bezirksorganisationen der CDU scheint man nicht gut zu schalten. Vor Wochen wurde dort angeregt, die Deutsche Sozialdemokratie mit Hinweisen auf die angeblich schlechte Politik der britischen Labourparty in die Zange zu nehmen. Das Ganze firmierte unter dem Motto: "Vorbereitende Stimmungsmache zur Bundestagswahl". In anderen Bereichen christlich-demokratischer und christlich-sozialer Wahlstrategie liess man Wehroxperten zu Worte kommen, die die vermeintliche Unzuverlässigkeit der britischen Labourregierung im Hinblick auf die Lösung des Deutschlandproblems andeuten sollten. Dass sich daran auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung beteiligte, gehört ganz offensichtlich zu den Selbstverständlichkeiten bundesrepublikanischer Regierungspolitik.

So registrierten die vom Presse- und Informationsamt herausgegebenen "Pressestimmen" vom 16. Januar d.J. eine Meinungsäusserung des CDU-Bundestags-Vizepräsidenten Dr. Richard J a e g e r, der den britischen Verteidigungsminister Healey wie folgt aufs Korn nimmt:

- * "Was ist das für eine Politik, die die Schwächung der deutschen Position begrüsst und die Stärkung der des Westens bedauert, die es nicht auf das Sicherheitsbedürfnis Europas, sondern
- * der Sowjetunion abstellt?"

Inzwischen war der britische Premierminister W i l s o n in Berlin und in Bonn. Mit Genugtuung hat die deutsche Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen, dass Wilson in den entscheidenden Fragen der Deutschlandpolitik die gleiche Haltung einnimmt, die von allen Parteien des Bundestages vertreten wird. Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard hat die Stellungnahme Wilsons entsprechend gewürdigt und damit alle jene seiner Parteifreunde Lügen gestraft, die in der Vergangenheit die britische Labourparty und die britische Labourregierung der finstersten Absichten gegenüber Deutschland bezichtigt hatten.

Dass auch zahlreiche, den Bonner Regierungsparteien nahestehende Blätter die wirtschaftlichen Massnahmen der britischen Labourregierung mit einer im Unterton gegen die Deutsche Sozialdemokratie gerichteten Spitze heftig angriffen, gehörte sozusagen zu den handwerklichen Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf. Aber auch hier hat Professor Ludwig Erhard seine Parteifreunde gestoppt.

Bei einem Frühstück, das Erhard am 8. März 1965 anlässlich des Besuches des britischen Premierministers Wilson gegeben hatte, sagte

der Bundeskanzler in der Tischrede - laut regierungsamtliches
BULLETIN vom 10. März 1965 - u.a.:

- * "Was Sie (Wilson) unternehmen, das ist im Augenblick eine
- * schon über ein Jahrzehnt anhaltende wirtschaftliche Malaise
- * durch ein gemässes Verhalten der Menschen und Gruppen zu
- * überwinden, und wir haben die Sorge, durch ein gemässes Ver-
- * halten nicht in diese Malaise zu geraten."

Der Bundeskanzler hat mit dieser Bemerkung nichts anderes ge-
tan, als der Wahrheit die Ehre zu geben. Alle wirtschaftlichen Mass-
nahmen der Labourregierung hatten sich als zwingend notwendig er-
wiesen, um die Erbschaft der schon über ein Jahrzehnt bestehenden
und von der k o n s e r v a t i v e n Regierung verursachten wirt-
schaftlichen Malaise bewältigen zu können.

Hoffentlich haben die Wahlstrategen der CDU/CSU das BULLETIN
gelesen. Es wäre äusserst peinlich und für die Bundesrepublik nicht
vorteilhaft, sollte die von der CDU/CSU gegen die britische Labour-
regierung eingeleitete Campagne t r o t z der Äusserungen des Bun-
deskanzlers weitergehen.

+ + +

"Zwei Bundesminister fällig?"

In der Ausgabe unseres Pressedienstes vom 11. März 1965 haben
wir in einem Kommentar unter der Überschrift "Zwei Bundesminister
fällig?" der Annahme Ausdruck gegeben, dass die in der KÖLNISCHEN
RUNDSCHAU veröffentlichte Forderung nach Abberufung des Bundesjustiz-
ministers B u c h e r im Einvernehmen mit der CDU-Führung erfolgt
sei. Der Chefredakteur der KÖLNISCHEN RUNDSCHAU, Herr Rudolf H e i z-
l e r, teilte uns mit, dass der betreffende Artikel von ihm selbst
geschrieben worden sei und das Ergebnis einer Beratung in der Redak-
tionskonferenz war. Ferner legt Herr Heizler Wert auf die Feststel-
lung, dass sein Artikel von keinem Aussenstehenden angeregt wurde.
"Weder von der CDU-Führung, noch von sonst jemand. Er wurde weder
mit ihr abgestimmt noch auch vorher nur mitgeteilt."

Die Redaktion

+ + +